

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, Kesselstraße 12, Berlin. Der Preis beträgt 30 Pfennig. Bei den Abonnenten monatlich 1.00 Mk., einschließlich Frachtkosten. Anzeigen: Grundpreis 20 Pf., 1000 Zeilen 20 Pf., Anzeigen von auswärtigen werden durch Postnachnahme erhoben. Erklärungen: Kesselstraße 12, Berlin. Druckerei: Kesselstraße 12, Berlin. Druckerei: Kesselstraße 12, Berlin. Druckerei: Kesselstraße 12, Berlin.

Angültigkeit von Anordnungen, die mit dem Reichsrecht in Widerspruch stehen.

Unter dem Einfluß der Geschehnisse der letzten Zeit sind vielfach für Teile des Reichs Anordnungen ergangen, die einschneidende Veränderungen des Reichsrechts ausprägen. So hat man Standgerichte oder Volksgeschichte eingesetzt, ihnen unter Ausschaltung der ordentlichen Gerichte bestimmte Straftaten zur Beurteilung zugewiesen und zugleich diese Straftaten entgegen den Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuchs mit dem Tode bedroht. Auch sonst sind, insbesondere auf den Gebieten des Schleichhandels u. der Preistreiberie, Strafsanktionen bis zur Todesstrafe ausgesprochen worden. Vereinzelt ist man auch dazu übergegangen, dem Reichsrecht unbekannte Strafarten, wie z. B. die Zwangsarbeit, einzuführen.

Diese Anordnungen können nicht als rechtsgültig erachtet werden. Ihre Angültigkeit ergibt sich daraus, daß auf dem Gebiete der Strafgesetzgebung das Reich ausschließlich zuständig ist. Zu der gleichen Auffassung werden bei richtiger Würdigung der Rechtslage auch die Gerichte und die sonst zur Handhabung der Gesetze berufenen Stellen gelangen müssen. Andererseits entsteht durch den Erlaß derartiger Anordnungen, die ernste Gefahr, daß Urteile über Freiheit und Leben erlassen und vollstreckt werden, denen der gesetzliche Boden fehlt. Auf die Gewissenskonflikte, in die insbesondere die Richter und die zur Strafverfolgung und Strafvollstreckung berufenen Beamten durch den jetzigen Zustand geraten können, ist bereits in der Presse und in Eingaben an die Behörden hingewiesen worden.

Auf Eruchen der Reichsregierung weisen wir die Behörden an, darüber zu wachen, daß die Zuständigkeit des Reichs auf dem Gebiete der Gesetzgebung unter keinen Umständen angegriffen wird. Nur so kann die Rechtseinheit des Reichs vor der Zerrüttung bewahrt werden. Mit ihr würde ein wichtiges Band der politischen Einheit Deutschlands zerrissen werden. Erwiesen sich strafgesetzliche Maßnahmen als nötig, so wird unter Zurückstellung aller Sondermaßnahmen der Erlaß der erforderlichen Anordnungen durch das Reich herbeizuführen sein.

Zur Lage.

Aus Berlin sind gestern keine bemerkenswerten Nachrichten eingetroffen. Das ist jedoch die Ruhe vor dem Sturm, denn im Schöße der Regierung scheinen sich tiefgreifende Veränderungen vorzubereiten. Es gehört zu den naheliegenden Möglichkeiten, daß die radikalen Elemente sich der Regierung bemächtigen und die besonnenen Kräfte vollständig verdrängen. Jede Spur von Vernunft ist in den Köpfen dieser Fanalier verschwunden, sie denken nur an den Augenblick und kümmern sich nicht im mindesten darum was werden wird. Der „Vorwärts“ fordert heute die Massen auf, die Regierung zu stürzen, denn 90% der Bevölkerung Berlins würden von einer kleinen Minderheit vergewaltigt.

Die Matrosenwirtschaft in Berlin.

Von der Berliner Kommandantur erhält der „Vorwärts“ folgende für die Allgemeinheit nicht uninteressante Angaben, die zeigen, in was für Hände zum Teil die Sorge für die Sicherheit von Leben und Eigentum der Bürgerschaft gelegt ist:

„Als die Revolution ausbrach und es zu Anfang in Berlin infolge der verworrenen Verhältnisse an Sicherheitsmaßnahmen fehlte, wurden von Eingaben etwa 650 Mann zum Schutz der Regierung und zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Berlin erbeten. Ohne Wissen und Willen der Kommandantur ist die Zahl der in Berlin weilenden Matrosen durch heimliche Verbunden auf etwa 3000 Mann angewachsen, von denen aber nur etwa ein Drittel Dienst tun durch Stellen von Wachen in Hotels, Restaurants und sonstigen Privatbetrieben. Die übrigen Matrosen halten sich in Berlin auf, ohne daß sie zu irgend einem Dienst herangezogen werden können.“

Um diesem Zustand ein Ende zu machen, suchte die Kommandantur sich Gewissheit zu schaffen über genaue Kopfzählung und Tätigkeit der Matrosen in Berlin. Mitten in die bis dahin ausschweifenden Verhandlungen pläzte ein Antrag der Matrosen an die Regierung, sich auf 5000 Mann verkleinern zu dürfen und der Republikanischen Soldatenwehr angegliedert zu werden. Die Kommandantur konnte die Kommandantur nicht entscheiden, da die mit 10000 Mann vorgesehene Kopfzahl der Soldatenwehr bereits überschritten war, die Kommandantur auch noch nicht über die bisherige Tätigkeit der Matrosen Informationen besaß. In weiteren Ver-

handlungen, an denen die Vertreter der einzelnen Abteilungen teilnahmen, wurde eine Einigung dahin erzielt, daß diejenigen Matrosen, welche bereits im Auftrage der Kommandantur Wachdienst getan haben, eingetragene Berliner Familienväter und nach Möglichkeit politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, in die republikanische Soldatenwehr aufgenommen werden. Unlautere Elemente aber, die nach eigener Aussage der Matrosenvertreter in großer Anzahl vorhanden sind, sollten dagegen aus den Reihen der Berliner Matrosen ausgeschieden werden.

Eine zweite Forderung ging dahin, die Matrosen aus dem Schloß herauszunehmen und in einem geeigneten Depot unterzubringen, da durch das Finanzministerium festgestellt worden war, daß im Schloß durch Angehörige der Matrosen geplündert und auch sonstiger Schaden angerichtet worden war. Die Delegierten der Matrosen erklärten sich voll und ganz mit diesen Bedingungen der Kommandantur einverstanden.

Die oben erwähnten unruhigen Elemente versuchen deshalb, sich dadurch Anhänger zu verschaffen, daß sie die Matrosen als die unschuldigen Verfolgten hinstellen. Auf die Mangelhaftigkeit dieser These ist auch das Erscheinen der jogen. Deputation im Abgeordnetenhaus am Dienstag Nachmittag zurückzuführen! Im Interesse der Wahrheit kann aber auch gesagt werden, daß ein großer Teil der Matrosen — vor allen Dingen der wirklich Diensttuenden — sich der Kommandantur und der Bevölkerung Berlins verpflichtet hat und sich alle Mühe gibt, die angezeigten Mangelhaftigkeiten unmissbar zu machen. Die Maßnahmen der Kommandantur richten sich also nicht gegen die zuverlässigen Leute, sondern nur gegen die das Ansehen der Revolution schädigenden und nur auf Plünderung und Unruhen ausgehenden unruhigen Elemente.“

Ein Kommentar zu dieser Darstellung erübrigt sich.

Von anderer Seite wird bekannt, daß die Matrosen in Berlin täglich 224 Gramm Fleisch und 660 Gramm Brot erhalten. Wie reimt sich das mit der sozialistischen Gleichheit zusammen.

„Selbstverord der Matrosenkonferenz“.

Die „rote Fahne“ läßt heute an den Beschlüssen der Reichskonferenz wie üblich schärfste Kritik. Sie bezeichnet die Anordnungen der Reichskonferenz als die Mangelwesen Eberts und beschuldigt die Regierung, die Delegierten absichtlich irreführen zu haben. Ihr Artikel spielt in dem Vorwurfe gegen den Kongreß, daß er seine Vollmachten überschritten und sein Mandat verraten habe, das ihm von dem A- und S-Räte eingehändigt gewesen sei. Durch den Entschluß, die A- und S-Räte jeder Macht zu entziehen, habe der Kongreß nicht diese, sondern sich selbst als politische Macht aufgelöst und seine Beschlüsse für die A- und S-Räte, denen er den Todesstoß zu versetzen gedachte, null und nichtig gemacht. Das Spartakusblatt fährt dann wörtlich fort:

Die A- und S-Räte sind als politische Macht nicht aufgelöst, können nicht aufgelöst werden. Sie existieren nicht von irgend eines Kongresses Gnaden, sie sind geboren aus der revolutionären Tat der Massen am 9. November. Die revolutionäre Masse wird den ihr zugeordneten Selbstmord nicht begehnen. Die A- und S-Räte werden bleiben, sie werden nunmehr mit verzehnfachter Energie ihre Macht ausbauen und ihr Daseinsrecht: die Revolution des 9. November, zu verteidigen haben. Sie werden das gegenrevolutionäre Werk ihrer ungetreuen Vertrauensmänner für null und nichtig erklären und werden die Kraft und den Mut finden, in dieser entscheidenden Stunde wie einst Luther zu erklären: Hier stehe ich, ich kann nicht anders!

Wie man diesen Standpunkt als demokratisch bezeichnen will, ist uns einermöglichen unklar. Bisher haben wir geglaubt, daß die Demokratie bedeute, die Minderheit müsse sich den Beschlüssen der Mehrheit fügen. Die „rote Fahne“ scheint die Sache anders aufzufassen. Sie scheint zu meinen, daß die Mehrheit sich von der Minderheit die Gesetze des Handels vor schreiben lassen müsse. Ihre Aufforderung an die A- und S-Räte bedeutet nichts anderes, als die Aufreizung an diese, sich über die Beschlüsse der Reichskonferenz hinwegzusetzen und die gesamte politische Macht an sich zu reißen, mit anderen Worten, die Diktatur der A- und S-Räte durchzuführen. Ob diese Aufforderung befolgt werden wird, muß man abwarten. Vorläufig glauben wir, daß die Mehrheit der A- und S-Räte doch in der Hand der Mehrheitssozialisten ist und daß bei den liberal stattfindenden Neuwahlen der A- und S-Räte, wie Dresden und Chemnitz bereits haben, die Stellung der

Mehrheitssozialisten noch eine erhebliche Stärkung erfahren wird.

Auch die „Freiheit“ ist mit den Beschlüssen der Reichskonferenz sehr wenig einverstanden. Ihr paßt es absolut nicht, daß man der Regierung so weitgehende Machbefugnisse erteilt und die Tätigkeit des Zentralrates sehr stark eingeschränkt hat. Sie meint, daß diese Beschlüsse der Reichskonferenz eine ernste Lage geschaffen haben und daß durch sie ein weiteres Zusammenarbeiten der beiden sozialistischen Parteien erheblich erschwert sei. Die „Freiheit“ hofft, daß die Mehrheitssozialisten ihre Beschlüsse noch einmal einer Revision unterziehen werden.

Revolution im Kohlengebiet.

In weiten Teilen des Kohlengebietes herrscht die Revolution. Nicht die besonnenen Arbeiter, sondern die radikalen Elemente, verstärkt durch Arbeitsheute und Ausländer, haben das Selt in Händen. In Hamborn wurde das Rathaus gestürmt und Plünderungen vorgenommen.

Berlin, 27. Dez. Nach weiteren Meldungen aus dem Ruhrgebiet kam es in Hamborn vor und in dem Rathaus zu neuen schweren Tumulten, bei denen mehrere Beamte schwer verletzt wurden. Mehrere Räder wurden geplündert. Nach erneuten Versammlungen verhafteten die Streikenden auch den Generaldirektor Dahl. Die Direktoren Rabe und Dr. Späning von der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ sind nach Mülheim a. d. Ruhr gebracht worden, um bei den Verhandlungen mit der Firma Thyssen als Geiseln verwendet zu werden. Auch den Verwerksbeiter August Thyssen selbst suchte man durch ein Telegramm nach Hamborn zu locken, jedoch mißlang der Anschlag, da Thyssen nur Verhandlungen in Gegenwart des einständigen Reichskommissars aufnehmen wollte. Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Regierung sind nach Hamborn unterwegs.

Die Franzosen als Herren.

Die französische Faust über Meß.

Eine Bekanntmachung des Militärgouvernements von Meß besagt, daß gewisse Deutsche, die im Lande zurückgeblieben seien, eine Haltung einnehmen, die den französischen Behörden nicht passe. Ähnliche französische Mitteilungen sollen heute gerissen worden sein. Wenn Deutsche dabei erwischt werden, so könne jeder französische Bürger oder Soldat sie verhaften und der Polizei übergeben.

Nach einer Nachricht des „Progrès de Lyon“ haben alle Meßer Forts und militärischen Anlagen französische Namen erhalten.

Dasselbe Blatt meldet: Am Abend des 8. Dezember wurden nach der Abreise des Präsidenten Poincaré etwa sechs Geschäfte geplündert. Einer Meldung des Gouvernements von Meß zufolge sollen Deutsche (?) an den Unruhen teilgenommen haben. Sie sollen vor ein Kriegsgericht gestellt und wegen Plünderung zur Zwangsarbeit (!) verurteilt werden.

Die Bekanntmachung des Gouvernements von Meß bedeutet, daß einach jeder Deutsche für den Rest der Welt und das denkbare weitgehendste Denunzianten-System amtlich eingeführt wird.

Wie die Franzosen im besetzten Gebiete verfahren geht daraus hervor, daß sie in einer Reihe von Fabriken unter Aufhebung der seitens der deutschen Regierung eingeführten Achtstunden-Schicht einach eine zehnhündige Arbeitszeit anordnet haben. Gleichzeitig haben sie für diese zehnhündige Arbeitszeit unter Aufhebung der bisherigen Stundenlöhne einen Tageslohn von 4.50 Mk. festgesetzt. Wer sich der zehnhündigen Arbeitszeit nicht unterzieht und wer mit dem Tageslohn von 4.50 Mk. nicht zufrieden ist, wird ohne weiteres nach Norddeutschland abgeführt. Ermäßigungen für die Höchstpreise der Nahrungsmittel sind nicht eingeführt worden, wenngleich die Franzosen bei den Bauern z. B. Hühner zu 1 Preis, und Eier zu 10 Pf. das Stück requirieren. In den Läden müssen alle ausgelegten Waren mit Preisen in Mark- und Francwährung ausgezeichnet sein.

Ein strenger Herr.

In Landsberg (Pfalz) hatte eine gewisse Frau Barbara Schwörer ein Pfad der franz. Militärbehörde abgerufen. Der komm. General Gerard billigte ihr 4 Monate Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe zu und ließ sie aus dem Bezirk Landau ausweisen. Ebenso ließ er über die Stadt Badweiler eine Konventionale-

traße von 10.000 Mk. verhängen, weil ein französischer Spähi angegriffen worden war. Ein Mann der einen französischen Korporal unvorsichtiger Weise mit einem Stein getroffen hatte, erhielt 5 Jahre Zuchthaus.

Der Verrätekönig bei seinen Freunden.

Paris, 20. Dez. (WZL). Nach einer Havas-meldung traf der König von Italien am Nachmittag, begleitet vom Herzog von Piemont und den Ministern Orlando und Sonnino, ein. Poincaré und Clemenceau empfingen sie auf dem Bahnhof und besetzten sie unter den Zurufen einer dichtgedrängten Menge zum Ministerium des Innern. Am Abend besuchte der König mit dem Herzog von Piemont den Präsidenten Wilson und sodann den Präsidenten Poincaré. Es folgte dann ein Festabend bei Poincaré, woran alle politischen Persönlichkeiten, die sich in Paris befinden, teilnahmen. Bei dem Essen brachte Poincaré einen Toast auf den König aus und gedachte des Gegenjahres zu jenen Tagen, da Italien den Franzosen habe Truppen senden müssen, und den jetzt erreichten Erfolgen, und wies dann auf die italienische Politik hin, die sich schon im Jahre 1902 endgültig vom Dreibund abgewendet habe und Frankreich die Beistimmung gab, daß Italien an seinem Angriff auf Frankreich teilnehmen würde. Italien habe kein Wort gehalten und damit der französischen Regierung ermöglicht, die besonders tüchtigen Alpentruppen bei Kriegsanfang an die deutsche Front zu werfen.

Poincaré laßt laut Havasmeldung in seinem Toast fort, daß Italien entsprechend seiner bis dahin verfolgten Politik trotz der verlockenden Angebote Österreich-Ungarns 9 Monate nach Kriegsausbruch an die Seite Frankreichs trat. Der Erfolg der darauffolgenden Kämpfe, Wunden und Entbehrungen sei die Einigung des ganzen italienischen Volkes unter dem erhabenen Hause Savoyen. Diese Größe Italiens sei größtenteils dem unmittelbaren persönlichen Eingreifen des Königs zu verdanken, welcher die alten politischen Verbindungen Italiens gelöst habe. Frankreich und Italien, die durch Abhängigkeit und Kultur zusammengehörten würden nun auch durch die Waffenbrüderschaft für immer verbunden sein. Sie seien Verbündete im Kriege gewesen und würden nun auch im Frieden Verbündete durch Gefühl und Uebereinstimmung bleiben.

Auf den Toast des Präsidenten Poincaré antwortete der König von Italien mit seinem Dank für den Empfang und nannte die von dem Präsidenten bezeugte Verbindung zwischen Frankreich und Italien einen neuen Beweis für die Unverletzlichkeit der alten rühmvollen lateinischen Masse. Die Sonne des Sieges leuchtet über der Erfüllung der Hoffnungen Frankreichs und Italiens, der Wiederkehr der einst Frankreich durch preussische Gewalt entzifferten rebellischen Gebiete an den Ufern des Mutterlandes, der Gewinnung der natürlichen Schutzwehren für Italien, des alten Walles und des Vorstießes Meeres. Dem Zusammenwirken beider Länder im Kriege soll ein friedliches Zusammenarbeiten folgen, in gegenseitiger Achtung und wertvoller gegenseitiger Unterstützung. Bei dem Nachmittagsbesuch des Königs im Elyseé hat Präsident Poincaré dem König die Korporalangelegenheit des 3. Jundementiments überreicht.

Toskes reiche Mittel, 22 Millionen bei Mendelssohn.

Die „Germania“ teilt mit:

„Ein offener Bankrott der Moskauer Regierung erhebt Anspruch auf die Herausgabe von 22 Millionen, die bei Mendelssohn durch die frühere Vertretung der Sowjetregierung deponiert sind. Durch diesen Bankrott wird bestätigt, daß Toske in Berlin außerordentlich große Geldmittel zur Verfügung standen. Es ist leicht zu erraten, wozu diese Mittel dienen sollten. Hat doch Herr Toske in einem bekannten Bankrott an den Volksbeauftragten Galle seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben, indem er Geld zur Ausrüstung von Waffen gab.“

Im das Mitglied der Reichsregierung Hugo Galle ist nach der „Welt. Bl.“ folgender Bankrott des früheren Vertreters der Sowjetregierung in Berlin, Toske, aus Moskau vom 6. Dezember eingetroffen.

Auf die Verschuldung des H. T. O. die frühere Vertretung der Sowjetregierung in Berlin haben nicht nur die Verbreitung bolschewistischer Propagandaschriften in Deutschland, sondern auch die Verschaffung von Waffen angelegen sein lassen, bitte ich festzustellen, daß diese Propagandaschriften durch Vermittlung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei verbreitet wurden. Was den Kauf von Waffen anbelangt, so ist die in der erwähnten Meldung angeführte Zahl von insgesamt 150.000 Gewehren, 28.000 Maschinengewehren und Vorbeladungsstutzen reist etwa 27.000 Patronen nicht richtig. Die angeführten Waffen waren nur zur Ausrüstung nach Russland bestimmt. Die Zahl der angekauften und dem jetzigen Minister Barth übergebenen Waffen ist, wie Sie wissen, viel höher. Auch entspricht die angeführte Gesamtsumme der Gelder nicht den Tatsachen. Herr Barth hat seinerzeit zum Zwecke der Verschaffung von Waffen nicht 105.000 Mark übergeben, sondern mehrere hunderttausend Mark. Zudem ist das feststellen müßte, rühme ich mich, durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den unabhängigen Ministern Galle, Barth und anderen geschah, auch für meine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben. Toske.

Wie man für die Frontsoldaten sorgt.

Die Entlassungsanträge verschleudert.

Der zur Wahrnehmung der Interessen der Soldaten berufene Volksrat sieht sich zu folgender Vorklärung der bisher getriebenen Wirtschaft genötigt:

Kameraden! Jedem am 9. November 1918 und später aus dem Heere auscheidenden Unteroffizier und Mann solltermentenmäßig ein Entlassungsantrag mitgegeben werden. Durch Eintritte und Verschlagnahme Unteroffizier, durch Plünderung und unbedingten Verkauf in den Tagen nach der Revolution sind die Kammerbestände und Vorratungslager vollständig geleert. Neue Anzüge müssen erst wieder angefertigt werden. Ihre Herstellung kostet Zeit. Es wird alles daran gesetzt werden, sie rasch bereitzustellen. Soweit neuer Vorrat da ist, wird zunächst das Feldheer versorgt werden. Das Heimatheer wird sich mit den Sachen begnügen müssen, die es

bereits hat. Sie sind durchschnittlich nicht so notwendig wie die Anzüge des Feldheeres. Wer künftig einen besseren Anzug erhält, muß den alten unbedingt zurückgeben; er wird dringend zur Heilung weiterer Entlassungsanträge gebittet. Kameraden! Wir bitten euch: wüthet die Tage, die nicht durch uns verschuldet ist. Habt Geduld und Vertrauen! Seid maßvoll in euren Ansprüchen! Sorgt für Rücklieferung unrichtig zurückgehaltener Bekleidung! Schützt die Kammerbestände, hindert den Verkauf und die Verschleuderung.

„Nicht durch uns verschuldet“ ist eine etwas schönfärberische Ausdrucksweise. Rechnliche Minderungen und Verschleuderungen sind nun an allen Ecken und Enden des Reiches vollzogen. Man könnte dem Volksrat noch eine Menge Beschwerden der Frontsoldaten sagen, an denen die allgemeine verständnislose Mißwirtschaft, für die er die Mitverantwortung trägt, schuld ist. Es braucht z. B. nur einmal untersucht zu werden, ob die bisherigen Maßnahmen des neuen Regimes die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die rückkehrenden Frontsoldaten erleichtert, oder ob sie sie nicht vielmehr ganz erheblich erschwert haben.

In den Wahlen.

Gießen, 22. Dezbr. Zu einer gewöhnlichen Kundgebung für die deutschnationale Volkspartei gestaltete sich die am vorigen Freitag Abend von der hiesigen Ortsgruppe einberufenen öffentlichen Versammlung. Der allein über 800 Sitzplätze fassende Raum des Stadttheaters war schon lange vor Beginn der Versammlung bis auf den letzten Platz besetzt. Viele mußten stehen, wohl viele Hunderte umhertreiben.

Oberpolsterer Kahlhof begrüßte die Erschienenen, gedachte dem kriegtreuen Heere und besagte den Zusammenbruch unseres deutschen Vaterlandes. Er erläuterte dann das Parteiprogramm der deutschnationalen Volkspartei und forderte die Anwesenden auf in diese einzutreten.

Geh. Rat Gisevius legte in eingehender Weise klar, daß es bei der neuen Staatsform über die die Nationalversammlung zu entscheiden habe nicht auf die Form, sondern auf den Inhalt ankomme. Verstaatlichung von Grund und Boden sei ein Verbrechen für uns. Freiheit für den Landmann müsse gesichert und vor allem der Landwirt besichert werden. Mittwochstag sei für die Landwirtschaft ein Unglück.

In meisterhafter Weise verstand es Herr Dr. Frick von Kupperburg seine Zuhörer zu fesseln. Seine Ausführungen wurden öfters durch großen Beifall unterbrochen. In scharfen Worten wandte er sich gegen „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“, gegen die rote und goldene Internationale. Heitere Zustimmung fand er, als er in ironischer Weise über Rosa Luxemburg, Liebknecht, Kurt Eisner und den Konfessionslosen preussischen Kultusminister, den Zehngebote-Hofmann, loszog.

Geh. Rat Haupt betonte als früherer Freisinniger, daß auch er in der Lage wäre, das Programm der deutschnationalen Volkspartei zu unterschreiben. Viele haben sich von der fortschrittlichen Volkspartei getrennt weil sie immer mehr in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Sozialdemokratie gerate. So habe man sogar vielen

Der gute Kamerad.

Original-Roman von Lola Stein.

Nachdruck verboten.

Alta Wolfram kam von Spaziergang heim. Sie hatte sich mit ihrer Freundin verplaudert und sah nun mit leisem Erschrecken, wie spät es schon war. Die Tante liebt es nicht, mit dem Essen zu warten.

So, wie sie von der Straße kam, in ihrem hellen dunklen Sammetkleid und dem großen Blumenhut, trat sie ins Wohnzimmer, gefolgt von Freia, der kleinen Seitenhündin, die sie auf ihrem Ausgang begleitet hatte. Die Tante sah auf der mit wildem Wein und Blumen reichlich geschmückten Porggia. Sie hielt eine kleine Handarbeit in den Händen, aber sie arbeitete nicht. Ihre schönen Augen in dem blauen, lebend erscheinenden Gesicht blinzelten erwartungsvoll und ein wenig unruhig auf die Straße.

Alta trat zu ihr heran und legte einen Strauß langgehefteter Rosen in ihren Schoß.

„Du wartest doch nicht auf mich, Tantenchen?“

„Nein, Kindchen, denn Jost ist wieder einmal unpünktlich.“, legte Frau Wolfram mit einem leichten Seufzer. „Wo steht der Junge jetzt nur immer? Ich habe ins Bureau telefoniert, aber da hieß es, Herr Wolfram sei bereits um 4 Uhr fortgegangen. Hast du Hunger, Alta, wollen wir essen?“

„Ohne Jost?“ fragte das junge Mädchen verwundert. „Nein, Tantenchen, meinetwegen gewiß nicht. Er wird wohl gleich kommen. Ich will nur schnell ablegen, dann komme ich wieder zu dir.“

Frau Wolfram reichte ihr die Blumen. „Die schönen Rosen! Wie du mich verwohnst, Kindchen! Stelle sie auf den Tisch ins Esszimmer.“

Das junge Mädchen nahm den Strauß, nickte der Tante zu und ging in den hinteren Teil der geräumigen Wohnung, in der ihre beiden großen und jetzt elegant eingerichteten Zimmer lagen, an die eine kleine Stube grenzte, die ihre Joste bewohnte. Denn den Luxus eines eigenen Mädchens zu ihrer Bedienung gönnte sich Alta Wolfram, die fünfzigjährige Witwe von zwei Willkuren, während sie sich sonst in allem dem kulturbürger-

lichen, aber durchaus nicht luxuriösen Haushalt ihrer Tante angepaßt hatte, als sie vor drei Jahren zu ihr und ihrem Sohne gezogen war und bei ihnen die Heimat gefunden hatte, die sie seit ihrer frühesten Jugend entbehrt.

Alta hatte ihre Mutter niemals gekannt. Bei der Geburt des ersten Kindes war sie gestorben. So wuchs das kleine Mädchen denn ohne Mutterliebe heran. Als es zehn Jahre alt war, verlor es auch den Vater. Bis zu ihrem sechzehnten Jahre lebte Alta in Pensionaten, zuerst in Deutschland, später in der Schweiz. Sie lernte viel und mit großer Freude, sie war lustig mit den anderen lustigen Mädchen, aber wenn ihre Freundinnen in den Ferien nach Hause reisten und sie stets in der Pension zurückblieb, dann kiennte sich eine tiefe Trauer in ihr Herz, und ein Gefühl grenzenloser Verlassenheit machte sie verzagt.

Sie besaß keine nahen Verwandten. Nur einige Vettern ihres verstorbenen Vaters lebten, und diese luden das elterliche Kind zuweilen in den Ferien zu sich ein. Zu ihnen zählte auch der Banflier Wolfram, der in Berlin wohnte und zu den nächsten Freunden von Altas Vater gehört hatte. Alta fühlte sich wohl in seinem Hause wie bei keinem der übrigen Verwandten, innig schloß das Kind sich an den um zehn Jahre älteren Vetter Jost an, der zuerst über das kleine Mädchen hinweg sah, der dann aber bald merkte, daß Alta trotz ihrer Jugend ein kluger und verständiger kleiner Kamerad für ihn sein konnte. Von ihm ging auch zuerst der Gedanke aus, der Heiratlosen eine dauernde Stätte im Elternhause anzubieten.

Josts Vater war plötzlich gestorben, die arme und stets etwas leidende Mutter fühlte sich trostlos einsam und allein. Da meinte Jost, daß es gut sein würde, das Haus mit jungem und lebendem Leben zu erfüllen und er trug die Mutter, ob sie wohl Lust hätte, die kleine Alta, die jetzt sechzehn Jahre war, für längere Zeit zu sich zu nehmen. Frau Wolfram geseit der Vorsehung ihres Sohnes, ja, so ein fröhliches liebes Ding würde ihre einsamen Tage beleben und sie auf andere Gedanken bringen. Aber würde dem reichen Mädchen

ihr einfacher Haushalt auf die Dauer genügen? Sie hatte Bedenken.

Jost zerstreute sie. Alta hatte zwar in sehr guten und teuren Pensionaten gelebt, war aber dennoch nicht sonderlich vermögend, war sie doch mit den anderen weniger wohlhabenden Mädchen vollkommen gleichgestellt in allen Dingen gewesen. Und wenn sie auch später einmal sehr reich sein würde, vorläufig besaß sie doch nichts weiter als eine reichliche Rente, die ihr zwar ein sehr gutes, jedoch kein direkt luxuriöses und verschwenderisches Leben erlaubte.

Altas Vater hatte die verderbliche Macht des Reichtums für sein junges Kind gescheut, das er allein und schutzlos zurückließ. Alta sollte keine Verschwendlerin werden, sie sollte nicht vergeuden und im Uebermüde der Jugend vielleicht verfallen, was er ihr vermachte. Noch mehr als eigener Leichtsinn seines Kindes fürchtete der Vater den Einfluß fremder, gewinnlustiger, vielleicht auch schlechter Menschen, die das junge unschuldige Mädchen beeinflussen, ausnützen und betteln könnten. Wohl würde Alta immer ein Barmann zur Seite stehen, er selbst wählte einen seiner besten Freunde, einen tüchtigen und gewissenhaften Rechtsanwalt aus, aber er konnte doch sterben oder krank werden und ein anderer vielleicht weniger gewissenhafter Mann an seine Stelle treten. Altas Vater, der meinte, daß die Krankheit, die ihn qualte, eine tödliche war, dachte an alle Möglichkeiten, die seinem armen kleinen Mädchen, das er allein zurücklassen mußte, drohen konnten. Und so bestimmte er denn, daß Alta bis zum vollendeten einundzwanzigsten Jahre eine bedeutende Rente gehören sollte, während die übrigen Zinsen ihres Vermögens dem Kapital beigelegt werden sollten. So glaubte er seines Kindes Zukunft, so gut er es vermochte, gesichert zu haben. Wenn Alta einundzwanzig Jahre war, würde es wohl auch nicht lange mehr dauern, bis ihr ein Gatte zur Seite stand. Sollte sie sich früher vermählen, so stand ihrem Manne an des Vormundes Stelle und mit ihm dann auch Alta ein Verfügungsrecht über ihr Vermögen zu.

Fortsetzung folgt.

Mitgliedern die Aufnahme in die demokratische Volkspartei verweigert weil sie Mitglied der Vaterlandspartei gewesen seien.

Reichs- und Landtagsabgeordneter Meiner freute sich darüber, daß endlich auch in Gießen der politische Gedanke wachgerufen sei, wo man früher verächtlich auf die kleine Schaar seiner Anhänger herabgesehen habe. Unsere Sozialdemokraten seien immer erst Sozialdemokraten und dann in zweiter Linie erst Deutsche gewesen. Hätten auch den Krieg sowie den jetzigen Zusammenbruch nicht verhindern können. Auch der Versuch, Frieden zu schließen, sei in die Brüche gegangen. Man habe der jetzigen Regierung Täuschung vorgeworfen, man habe ihr den Vorwurf gemacht, daß sie sich mit Vorkriegsberufungen getrauen habe, aber der Wille zum Siege sei doch allgemein gewesen. Auch die Sozialdemokraten hätten die Kriegskredite bewilligt. Fortschrittler wie Sozialdemokraten, wie Kossel, Dr. Edmann, Dr. Quessel seien für den Abstieg gewesen. Diese Vorwürfe seien aber nur eine Brunnenvergiftung der öffentlichen Meinung. Scharf geistete er „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“. Wie sei ein Friedensangebot vom Ausland gemacht worden, freilich einen Vernichtungsfrieden wie jetzt habe man nicht haben können. Die Angliederung der Linke oder nur die Linke von der jetzigen Lage ablenken. Gerade die Linke habe stets einen Sonderfrieden begehrt. Unternehmungsgeist müsse erhalten bleiben, damit wir konkurrenzfähig bleiben. Gerade die sozialistische Kriegswirtschaft habe gezeigt, wie die Sozialisierung des Staates laßt. Mittelstand müsse gelockt, kleiner und mittlerer Besitz gefördert und vermehrt. Großgrundbesitz beschlagnahmt und Gemeinnützigkeit aufgehoben werden. Kriegsgewinn und Spekulation der Großbesitzer scharf angefaßt werden. Autorität, Disziplin, Unterordnung und eine gute christliche Erziehung in Schule und Haus, Einigkeit von Stadt und Land seien im neuen Staat nicht zu entbehren. Freie Bahn dem Tüchtigen müsse gelten. Stimmlicher immer wiederholender Beifall wurde dem Redner zu Teil.

Oberpostkammerer Rost sprach als Unterbeamter. Er forderte unter anderem Freiheit, Rechte, Erziehung für Beamte und Arbeiter.

Dr. Sevin übertrug die Größe der neuangeordneten Gruppe der deutschen Nationalen Partei in Offenbach. Er kann nicht annehmen, daß bei den zukünftigen Wahlen die Sozialdemokraten die Mehrheit bekommen, wenn alle deutschen Männer und Frauen ihre Schuldigkeit, ihre Wahlpflicht, erfüllen. Vier Jahre habe er als Soldat an der Front gestanden und könnte die gegenwärtige traurige Lage unseres Vaterlandes gar nicht begreifen.

Mit einem zu Herzen gehenden Schlusswort schloß der redigierende Vorsitzende mit einem Hoch auf das geliebte deutsche Vaterland die Versammlung.

Sozialdemokratische Kandidaten.

Als Kandidaten für die Nationalversammlung werden folgende Genossen bestimmt: 1. Ulrich, Ministerpräsident; 2. Dr. David, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt; 3. Dr. Quessel, Darmstadt; 4. Hafenzahl, Erbach; 5. Frau Kahl, Offenbach; 6. Beigeordneter Wulung, Mainz; 7. Engelmann, Mainz; 8. Luz, Riedelsheim; 9. Wetters, Gießen. — Die Zusammenfassung der Vorschlagsliste für die hessische Volkshammer ergab folgendes Bild: 1. Karl Ulrich, Ministerpräsident, Offenbach a. M.; 2. Dr. Heinrich Judas, Ministerialdirektor, Darmstadt; 3. Hermann Neumann, Ministerialdirektor, Offenbach a. M.; 4. Georg Raab, Ministerialdirektor, Hungenstadt; 5. Leonhard Ehnert, Beigeordneter, Offenbach a. M.; 6. Georg Kahl, Redakteur, Offenbach a. M.; 7. Heinrich Seip, Gemeindeführer, Darmstadt; 8. Jung, Mühlheim; 9. Bernhard Wulung, Beigeordneter, Mainz; 10. Johann Engelmann, Arbeitersekretär, Mainz; 11. Wilhelm Seel, Stadtratsordneter, Mainz; 12. Bernhard Rechten, Arbeitersekretär, Worms; 13. Friedrich Wetters, Redakteur, Gießen; 14. Anton Luz, Landwirt, Niederflorstadt; 15. Friedrich Hartmann, Landwirt, Mühlhausen; 16.

Franz Gruber, Stadtratsordneter, Alsfeld; 17. Konrad Fiedert, Stadtratsordneter, Alsfeld; 18. Maria Klein, hauer, Offenbach a. M.; 19. Jol. Bauer, Kaufmann, Mainz; 20. Heinrich Bornemann, Redakteur, Darmstadt; 21. Albert Schulte, Kaufmann, Worms; 22. Bruno Wiltich, Buchdrucker, Buchbach; 23. Franz Koll, Stadtratsordneter, Bensheim; 24. Häuser, Gießen; 25. Rana, Offenbach; 26. Wiltich, Knoblauch, Redakteur, Darmstadt; 27. Wiltich, Viehler, Gemeindeführer, Mainz; 28. Jakob Wils, Lagerhalter, Offenbach; 29. Wiltich, Widmann, Parteisekretär, Offenbach a. M.; 30. Bernhard Schildbach, Redakteur, Mainz.

Aus der Heimat.

Friedberg, 28. Dezbr. Zu dem in unserer Nr. 301 vom 23. Dezember veröffentlichten Vorfall bemerkt die Presse-Abteilung des A- und S-Kalles folgendes: Im Schloß, nicht in der Bergstraße, handelte ein Jagdenjunker-Untersoldat in leichtsinniger Weise mit seinem Revolver. Dabei feuerte er einen Schuß zum Fenster hinaus. Von einem Kameraden über sein Tun zur Rede gestellt, hielt er ihm die Waffe vor den Kopf. Im selben Moment entlud sich der Revolver und der Mann stürzte tot zu Boden. In dem Toten handelt es sich um den Sohn einer Witwe, die schon zwei Söhne vor dem Feinde verlor. — Ferner erhalten wir nachfolgende Mitteilung: Die bei dem Fiederschießplatz von einer Patrouille festgenommene Militärperson ist nicht, wie irrtümlich gemeldet, gefoltert, sondern befindet sich im Bürgerhospital außer Lebensgefahr und auf dem Wege der Besserung.

Was gibt es die kommende Woche? Montag, den 30. Dezember: Filder-Weißbrot; Käse, nur für Bezirk II, Nr. 1—500. Dienstag, den 31. Dezember: Lieferung bestellter Kaffeebohnen. Donnerstag, den 2. Januar: Lieferung von Nährmitteln. Freitag, den 3. Januar: Margarine. Samstag, den 4. Januar: Butter an Kranke. Näheres über Zeiterteilung, Menge und Preis siehe Bekanntmachung.

Die Witterungsstelle ist in dieser Woche am Samstag, den 28. Dezember, nachmittags von 1/3—1/4 Uhr geschlossen.

Direkter Verkehr Darmstadt—Frankfurt a. M. Seit Sonntag, den 22. Dezember verkehren auf der Strecke Darmstadt—Dieburg—Offenbach—Frankfurt zwei neue Zugpaare. Diese Züge sind beschleunigte Personenzüge 2.—4. Klasse, die auf den Zwischenstationen nicht halten. Hinahrt: Darmstadt ab: 8.15 vorm. und 4.05 nachm.; Dieburg an: 8.45 vorm. und 4.35 nachm., ab Dieburg: 8.46 und 4.36; Oberoden an: 9.01 und 4.51, ab: 9.02 und 4.52; Offenbach an: 9.37 und 5.28, ab: 9.38 und 5.29; Frankfurt an: 10.01 und 5.53. Rückfahrt: Frankfurt ab: 10.50 vorm. und 6.56 nachm.; Offenbach an: 11.15 vorm. und 7.19 nachm., ab: 11.16 vorm. und 7.20 nachm.; Oberoden an: 11.52 vorm. und 7.56 nachm., ab: 11.53 vorm. und 7.57 nachm.; Dieburg an: 12.08 und 8.12 nachm., ab: 12.10 und 8.14 nachm.; Darmstadt an: 12.40 und 8.44 nachm.

Aus Starkeburg.

Darmstadt, 28. Dezbr. Das zwecks Verwendung als Polizeitruppe am Samstag mittag wieder aus Erbach seiner vorübergehenden Garnison hierher zurückgeleitete Bataillon des Leib-Garde-Inf.-Regts. Nr. 115 erhielt nach seinem Einzug in die Alexanderstraße den Besuch des Oberbürgermeisters Dr. Gläffing, der den Offizieren und Mannschaften den herzlichsten Willkommengruß der Stadt anbot, wobei er auch den auf dem Felde der Ehre Gefallenen gedachte. Er gab dann bekannt, daß sämtlichen Leuten im Auftrag der Stadterwaltung Weihnachtsgeldchen überreicht wurden. — Das Landesmuseum, das einige Tage geschlossen war, ist von jetzt ab wieder Sonntags von 11—1 und von 2—4 Uhr geöffnet; am Neujahrstage ist es wie Sonntags zu besichtigen.

Heißer Vorkort. In der gestrigen Sitzung, die von Bürger Seip geleitet wurde, bereit man zunächst eine Anzahl Anträge des Bürgers Dr.-Ing. Hegdt, betr.

die Leistungsfähigkeit, die Beseitigung der Pension und des Entlassens der Beamtenschaft. Bürger Seip beantragte direkte Beseitigung in Anbetracht der Schwierigkeit der Frage. Staatsminister Ulrich wünscht in Interesse der Beamten selbst, die Begründung des Antrages zu hören. Bürger Seip spricht für den Antrag, der aber in einzelnen Punkten zu (sich) erhalten sei. Ministerpräsident Ulrich tritt in eingehenden Worten für die Beamtenschaft ein, die in der schwierigen Lage mit verschwindenden Ausnahmen voll ihren Mann gestanden habe. In dieser allgemeinen Form lasse sich der Antrag nicht behandeln. Das Ministerium werde in allen ihm bekannt werden Fällen Remedur schaffen. Bürger Dr. Wolff, der in Abwesenheit des Antragstellers die Anträge verteidigt, glaubt, daß man die e misverstanden habe. Man wolle vor allem das Altkriegswesen, die Beile und Bafenschaft beseitigen und damit dem Worte: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ Geltung verschaffen. Bürger Seip erwidert, daß es unmöglich sei, das Volkswesen sein könne, diese schwierige Frage zu lösen. Die Zusammenarbeit mit der Beamtenschaft gerade in den jetzigen Verhältnissen lege das beste Zeugnis für die Beamtenschaft ab. Redner glaubt nicht, daß die Beamtenschaft in dem Maße herrsche, wie angenommen werde. Nach weiteren Ausführungen des Ministerpräsidenten und der Bürger Dr. Wolff, Koch u. a. werden die Anträge einstimmig abgelehnt. Ein Antrag, betr. die allgemeine Einführung der Abkürzungsunterscheidung wird der Regierung als Material überwiesen. Dann erstatteten Bürger Kellmann und Loos Bericht über die allgemeine Räteversammlung in Berlin.

Große Verkehrsstörungen sind jetzt auch im Oberrhein zu verzeichnen. Seit einigen Tagen kommen die Züge aus Erbach—Eberbach oft mit erheblicher Verspätung in Darmstadt an. So traf am Samstag abend der nach 9 Uhr fällige Oberrheinabzug erst Sonntag früh nach 5 Uhr ein. Die Ursache ist in dem starken Militärverkehr im hinteren Oberrhein, insbesondere auf den badiischen Strecken, zu suchen, wo die letzten Nachzügler von der Westfront jetzt über die badiischen Strecken nach ihrer hiesigen und württembergischen Heimat beordert werden.

Dieber, 19. Dez. Zur Prüfung der Lebensmittelverteilung durch die Bürgermeisterei während der Kriegszeit war von den hiesigen Einwohnern eine Kommission eingesetzt worden. Die von dieser Kommission geführte Untersuchung ergab nun, daß in der Lebensmittelverteilung eine starke Mißwirtschaft getrieben wurde. Die ganze Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft übermittelt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gemeinde.

Sonntag nach Weihnachten, 29. Dezember 1918. Gottesdienst in der Stadtkirche, vorm. 9½ Uhr: Herr Pfarrer Kieberger. Gottesdienst im Stadtteil Bauerbock 10 Uhr: Gottesdienst. Begrüßung der Kriegsteilnehmer. 1 Uhr: Jugendgottesdienst.

Katholische Gemeinde.

Sonntag, den 29. Dezember 1918. Weihnachtsfeier am Samstag von 4 Uhr an und Sonntags früh von 6 Uhr an. 7½ Uhr: Frühmesse. 8 Uhr: hl. Messe. 10 Uhr: Sonntags mit Predigt. Nachmittags 2½ Uhr: Weihnachts-Andacht. Um 5 Uhr: Versammlung der Frauen und Jungfrauen in der Kirche. Während der Woche: 1/7 und 7 Uhr: hl. Messe.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Finkel, Friedberg; für den Anzeigenenteil: C. Schmidt, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, H. G. Friedberg 1 & 2.

Pferde-Versteigerung + Bruchleidende +

Am Dienstag, den 31. Dezember 1918 kommen in Rodenberg

240 Pferde

schweren und leichten Schlägen, darunter belgische Arbeitpferde, die zu landwirtschaftlichen Zwecken gut geeignet sind, des Ant.-Regts. 188 zur Versteigerung. Stallhalter und Anbieter sind mitzubringen.

Teilnehmer an der Versteigerung müssen durch behördlichen Ausweis dargen, daß sie keine Händler sind und die Pferde zum eigenen landwirtschaftlichen Betriebe benötigen.

1. Etz. Hall. Ant.-Reg. 188

Deutsch-Abt.

Praktischer Näh- und Zuschneide-Kursus

für Frauen u. Mädchen der Stadt Friedberg u. Umgegend.

Beginn am 15. Januar. Dauer 4 bis 6 Wochen. Preis und Arbeitsstunden werden vorher mit den Teilnehmern vereinbart.

Anmeldungen alsbald erbeten bei Heinrich Kahl, „Zum Maulbeerbaum“, Friedberg, Kaiserstr. 60.

Bruchleidende +

tragen oft kein Bruchband, weil ihnen der Druck ihres Federbandes zu lästig ist, verschlimmern ihr Leiden aber dadurch. Mein Bruchband „Ideal“ ohne Feder, eigenes System, auch bei Nacht tragbar, bietet die größte Erleichterung, unter Garantie für tadelloses Passen. Leib- u. Vorfallbänder, Geradenhalter. Langjährige Erfahrung, reelle Bedienung. Durch die schlechte Bahnverbindung bin ich verhindert nach dorten zu kommen, bestellen sie deshalb schriftlich.

Bandag.-Spezialist Eugen Frei, Stuttgart, Kronenstr. 46.

Geschäfts-Eröffnung!

Habe am hiesigen Platz, Kaiserstraße 11, ein Geschäft errichtet zum Anlauf von

Rumpfen, Altpapier, Altstein, Knochen, Metalle und jeder Art Felle.

— Zahle die höchsten Tagespreise. —

Max Benkecke, Friedberg, Privatwohn.: Kaiserstr. 78, 1. im Hause des Herrn Evangelistemeister Fried.

Jagdverpachtung.

Am 20. Januar, nachmittags 1 Uhr, wird die hiesige Gemeindejagd in der Wäldchen bei Friedberg auf weitere 6 Jahre meistbietend verpachtet. Die Jagd umfaßt 2400 Morgen Wald und 2200 Morgen Feld, hat guten Hochwildbestand und liegt 1 Kilometer vom Bahnhof Döbeln der Südbahn entfernt.

Sach-Weisel, den 20. Dezember 1918.

Bürgermeisterei Hoch-Weisel. Dietrich.

Voranss.- u. Credit-Verein Friedberg i. H.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Am Dienstag, den 31. Dezember d. J. und am Donnerstag, den 2. Januar 1919 bleiben unsere Geschäftsräume wegen Aufnahme der Bestände geschlossen.

Die Spareinlage-Zinsen für das Jahr 1918 werden vom 3. Januar 1919 ab ausbezahlt oder gutgeschrieben.

Lehrreich ist in dieser Beziehung das Vorgehen in Stuttgart, das Einvernehmen das hier zwischen Arbeitslosen und Stadtverwaltung beim mütterlichen Arbeits-Ministerium erzielt wurde. Danach erhält jeder verheiratete Arbeitslose einen Mindestlohn von 10 Mark, außerdem für jedes Kind (bis zu 3) 1 Mark extra, die ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahren einen Tageslohn von 8 Mark, die unter 18 Jahren einen solchen von 5 Mark. Glaubt man durch solche Maßnahmen die Arbeitslosigkeit heben zu können? Eine Familie von vier Köpfen bei 13 Mark Arbeitslosenlohn im Tage hat nicht nötig, sich nach Arbeit zu drängen, ebensowenig das 20-jährige junge Mädchen, das 8 Mark verdient. Nicht, daß wir die ausreichende Unterstützung der schuldlos Arbeitslosen nicht voll und ganz anerkennen würden. Aber sie muß zu Sähen erziehen, die einigermassen im Verhältnis zum gesamten Wirtschaftsebenen liegen. Wenige Bürger, kleine Handwerker, kleine Bauern, kleine Beamte und Angestellte, auch die Arbeiter, die jetzt am Friedensgehalt geknirscht sind, erreichen nicht annähernd diesen Verdienst! Dabei kennt der kleine Handwerker seinen 8-Stunden-Tag und der Bauer den früh um 5 Uhr der erste im Stall und nachts um 8 Uhr der letzte sein muß, der den Tag über harte Arbeit leistet, der recht nicht!

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Katern. Ein Mann von Arbeitsleistung wird, sehr Einfluß hat der Arbeitslosigkeit, durch reichliche Bezahlung, gutes Essen, Kleidung, Wohnung vergütet. Dazu kommt die Bezahlung, das sein Soldat einlassen werden darf, der seine Arbeitslosigkeit hat. Tausende, die das doch für niente, das läge Nichts von der Garnison der Schicksal der Arbeit vorgehen, längere auf diese Weise in den Katernen unter und werden dem Wirtschaft leben, wo sie geduldet werden können, entzogen. Wir kennen Landwirte, die sich seit Wochen vergebens um Arbeitssuche bemühen. Wir erwähnen in die ein Zusammenhang auch eine Meldung aus München, wonach sich zu den Arbeitern am Walchen (prolet 60) Ingenieure und 2 — zwei — Arbeiter gemeldet haben! Treibt hierin nicht in Wille ein Wandel ein, so treiben wir — ins Anstalts ungerecht — der Katastrophe, dem Vorkriegs entgegen. In den Programmen aller Parteien spielt unverkennbar die wichtigste Rolle die Erhaltung der Kriegsgewinne. Zu weh ungetragenen Teilen mögen diese durch unsere heillosen Wirtschaft schon verloren gegangen sein!

„Angeschick und dumm.“

Ein neutrales Urteil über die Revolution.

Das „Feiner Tagblatt“ hat an der Art, wie in Deutschland die „neue Zeit“ in Szene gesetzt wurde, folgende treffende Kritik:

„Man muß leider zugeben, daß auch die deutsche Revolution nichts erreicht hat, als Unfähigkeit aus Kader zu bringen. Von allen Seiten erobert nach Berlin der Ruf nach einer Nationalversammlung. Diese rufenden Rufe wissen, daß, wenn nicht bald Ernst gemacht wird, das Reich unter die Vajonette der Entente geraten muß. Daß eine kleine Gruppe entschlossener Leute, wie diese Sparsatzgruppe, wegen der, täglich Unordnungen zu erzeugen, daß sie öffentlich unweiskraft zum Volkswort ausfordern darf, erwidert uns und viele fröhliche Freunde Deutschlands. Es ist einfach unbegreiflich, wie ein so intelligentes geschultes Volk, wie die Deutschen, sich bei einer Revolution so ungeschickt und dumm benehmen kann, sie werden mit ihrer Unentschlossenheit noch die Republik in Gefahr bringen. Der Fehler, den die heutigen Machthaber begehen, liegt einfach darin, daß sie sich immer noch nicht entschließen

können, ehrlich und rückhaltlos eine Demokratie zu schaffen.

Alkohol und Grippe.

In der Zeitschrift „Deutscher Guttempler“ erschienen Aufsätze über Grippe und Alkohol, die den Nürnberger Chelatz Dr. Schlichtegroll zu folgender Erweiterung im „Kurier“ veranlaßten:

Die Praxis hat die gegenwärtige Wirkung des Alkohols, in mäßigen Mengen verabfolgt, millionenfach erhärtet. Gerade bei den vielen Opfern jugendlicher Leben, die die derzeitige Grippeepidemie gefordert hat, wäre rechtzeitige Verabfolgung von Alkohol vor Entwicklung der Lungenentzündung der rettende Engel gewesen. Verabfolgt hätte diese Verabfolgung keine Günstigkeit, aber sicher hätte in tausenden von Fällen die desorganisierende Wirkung des Alkohols gegenwärtig gewirkt. Ich habe im Felde, im Departement des Ardennes, als Arzt der französischen Zivilbevölkerung geradezu Wunder der Heilung an Grippe mit französischem Konak — beidseitig genau so — erlebt, jedoch ich dem vielgeschmähten Alko ein Loblied sang.

Der Nährwert des Alkohols ist wissenschaftlich bewiesen, ich gehe weiter und behaupte, er ist — mäßig genossen — als Nahrungsmittel für die Ernährung des Volkes unentbehrlich. Der Alkohol am Krankenbett wird von ersten Autoritäten der Medizin als unentbehrlich gekennzeichnet. Die Behauptung: Alkohol sei Gift, ist in seiner Allgemeinheit ein albernster Irrtum. Bei Nervenschwächen, Herzschwächen, bei schweren atopischen Erkrankungen, bei allgemeiner Entkräftung immer wieder hat sich die Verabfolgung von Alkohol bewährt. Mäßiges Vorgehen wäre natürlich falsch. Bei Darmkrankheiten, bei Malaria, dem Wechselfieber, müßt er trampfeln und beiderseits den Verdauungsprozess.

Wohl jeder hat sich schon von der Wirkung des Alkohols bei Schlaflosigkeit überzeugt, und ich brauche nur an den Volksausdruck „die nötige Beistand“ zu erinnern, um das Recht des Alkohols zu begründen. Den Schlendern verordnen wir Mäßigkeit, schweres deutsches Exporbier, und es müßt besser als die teuren chemischen Mittel. Theoretische Versuche zahlreicher Universitätslehrer beweisen, daß sich Alkohol theoretisch genau wie ein Nahrungsmittel verhält.

Zweck dieser Zeilen aber soll kein weiteren Volkstreuen in Zeiten drohender Epidemien klar zu machen, daß Verabfolgung von Alkohol nicht eine Gefährdung, sondern vielmehr, wie gerade bei der Grippe, eine Sicherung für die von der Krankheit Bedrohten bedeutet. Der Arzt, der es am eigenen Körper probiert hat, hat sicher mehr Urteil, als alle theoretischen Warner der Alkoholgegner. Was halten, heißt es hier wie in allen Lebenslagen.

Aus der Heimat.

Friedberg, 21. Dez. Was gibt es die kommende Woche? Montag, den 23. Dezember: Margarine, Karotten und weiße Rüben. Dienstag, den 24. Dezember: Käse für Bezirk L. Samstag, den 28. Dezember: Butter an Kranke.

M. Aufhebung der Bezugsscheinpflicht für Damen- und Mädchen-Winter-Mittel. Nach folgenden eingetragenen Nachrichten dürfen Wintermäntel nunmehr ohne Bezugsscheine verkauft werden.

Durch die Einstellung des Personenverkehrs nach Darmstadt, Höchst, bzw. Wiesbaden, Limburg und Mainz, die am Mittwoch nachmittags völlig unvernünftig waren, wurden Tausende von Angestellten und Arbeitern, die von auswärts nach ihren hiesigen Arbeitsstätten

gerommen waren, gezwungen, teils hienzuverlegen, teils die Wanderung zu Fuß nach dem Heimatort anzutreten, da ihnen jede Bahnverbindung unterbunden war. Ebenso ging es den in den hiesigen Arbeitsstätten beschäftigten Frankfurter Einwohnern. Selbstverständlich ist damit auch der Postverkehr lahmgelegt. Die Maßnahmen, deren Widerstand man in wenigen Tagen bereits erwartet, scheitert in das wirtschaftliche Leben des Frankfurter Gebietes außerordentlich tief ein und zeitigt heute noch nicht übersehene Folgen. Seitens der zuständigen Stellen sind noch am Mittwoch abend mit größter Beschleunigung die erforderlichen Schritte unternommen worden.

Bad-Nauheim, 18. Dez. (Einbruch.) Heute nach wurde das in der Kolonnen gelegene Goldwarengeschäft von G. heimlich und für etwa 1500 RM Waren gestohlen. Bis jetzt hat man noch keine Spur von den Spürhunden.

Frankfurt a. M., 19. Dez. (Aufhebung der nächsten Straßensperre.) Für die Zeit vom 21. Dezember einschließlich bis 27. Dezember einschließlich des 30. in dem Polizeipräsidium die früher angeordnete Straßensperre zwischen 11 Uhr nachts und 5 Uhr morgens aufgehoben. — Der Arbeiter- und Soldatenrat Frankfurt a. M. hat dem Dresdener Arbeiter- und Soldatenrat von der Beschlagnahme von Nahrungsmitteln in Privathauswirtschaften abgeraten, da die Maßnahmen in Frankfurt a. M. nur geringen Erfolg gehabt hätten.

Vom Herten-Rosau.

Bad Homburg v. d. G., 18. Dez. (Das besetzte Gebiet des Taunus.) Endgültige Vereinbarungen über die Grenzlinien der Besetzung des Taunusgebietes durch französische Truppen sind, wie der hiesige „Taunusbote“ mitteilt, noch nicht bekannt und auch noch nicht getroffen. In einer Konferenz mit dem französischen Kommando in Mainz haben die Frankfurter Vertreter lebhaft Vorwürfe über die zu besetzende Grenzlinie machen können, über deren Annahme oder Nichtannahme juristisch noch nichts verurteilt. Touristen, die am vergangenen Sonntag den Taunus auszufliegen, haben da und dort auf Wegen des Südringweges des Taunusgebietes französische Patrouillen getroffen. Die am Fuße des Gebirges liegenden Orte Cronberg, Kallertstein und Königstein haben starke Besatzungen erhalten. So sind in Königstein 50 Offiziere und 1800 Mann einquartiert. Nach einer im Auftrag des 18. Armeekorps von Ludwig Rautenbach ausgearbeiteten Verkehrsliste liegen Altkönig und Feldberg vorerst innerhalb der besetzten Zone; der Sandplaten und die nördlich von ihm liegenden Gebirgssteile gehören dagegen zur neutralen Zone. Sonach kann das Gebirge nur von Homburg und Oberursel aus begangen werden.

Aus Korbelen.

Marburg, 17. Dez. Unter klingendem Spiel und unter Glockengeläute und Böschschüssen ist heute Mittag das alte Jägerbataillon Nr. 11 aus dem Felde kommend, hier eingetroffen. Auf dem Marktplatz, wo u. a. auch die Studenten mit ihren Fahnen Aufstellung genommen hatten, fand eine Begrüßung statt, bei welcher Oberbürgermeister Troje, Soldatenrat Poersch, Professor Heilmüller und der ehemalige Jäger Reich Anreden hielten, worauf der Führer des Bataillons, Hauptmann Balla, herzlich dankte.

Regenrain, 17. Dez. Weitem früh einlind in der großen Scheune des Landwirts Mathies im nahen Poshafen Feuer, das auch auf die Scheune des Landwirts Rieß übergriff. Beide Gebäude wurden mit vielen Futtervorräten bis auf den Grund eingeäschert.

Bekanntmachung.

Aus der von

Petroleumarten

am Montag, den 21. Dezember 1918 in den hiesigen Wirtschaften auf immerhin 2 bis 3 Stadien es an ausserordentlich ohne jegliche sonstige Beschränkung.

Bei jeder bezugsberechtigten Person ist ein auf den Verkauf von Petroleumarten in den hiesigen Wirtschaften auf immerhin 2 bis 3 Stadien es an ausserordentlich ohne jegliche sonstige Beschränkung.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Bekanntmachung.

Lebensmittel-Versorgung

für die Woche vom 21. bis 23. Dezember 1918.

Es gelangen zur Ausgabe:

Montag, den 23. Dezember in der alten Post:

Margarine

(Zerteilung wie bei der Butterverteilung)

Für jede auf der Lebensmittelkarte verzeichnete Person werden 50 Gramm zu 33 Prozent verabfolgt.

Handelt es sich um treibende und Milch erzeugende Haushaltungen und Haushaltungen, die Haushaltungen vorzuziehen haben, sowie die in der Lebensmittelkarte verzeichnete Person werden 50 Gramm zu 33 Prozent verabfolgt.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Montag, den 23. Dezember, in der alten Post, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Bekanntmachung.

Dr. Manders Malzextrakt

wird zum Preise von 2.20 RM. per Dose in den Geschäften von

J. A. Manders und Dr. Manders abgegeben und zwar pro Familie

1 Dose.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Der Bürgermeister (Stdt. Lebensmittel-Aussch.)

J. A. Manders.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Friedberg, den 20. Dezember 1918.

Suche per 1. Januar, evtl.

18. Januar, unterjährig

Mädchen

das alle Hausarbeit versteht

(Kriegswirtschaft ohne Kind nicht

ausgeschlossen)

Bäckerei Weissen, Friedberg

Zuverlässiges

Dienstmädchen

sucht sofort

Frau E. Kimmich, Friedberg

ein in allen Arbeiten erfahre-

nes tüchtiges

Mädchen,

nicht unter 20 Jahren, zu Anfang

Januar zu suchen.

Frau Kommerzienrat Langsdorf

Friedberg, Ludwigsstr. 27

Ein fleißiges, braves

Dienstmädchen

gesucht.

Zu tragen in der Geschäfts-

stelle der „Neuen Taunus-Zeitung“.

Drucksachen

liefern schnell und billig

aus Langsdorf, Friedberg a. Taunus 4-4

